



# FS

über die  
2. Sitzung des Familien- und Sozialausschusses  
am Donnerstag, dem 24.11.2011  
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 18:35 Uhr

Anwesend

## SPD

Frau Christel Ciecior  
Herr Norbert Drüke  
Frau Ute Ebeler  
Herr Kaya Gercek  
Frau Petra Hartig  
Frau Annette Mann  
Herr Ulrich Marc  
Herr Silvester Runde

## CDU

Herr Rainer Fuhrmann  
Herr Ingo Kress  
Herr Franz Hugo Weber  
Frau Kerstin Weingarten

Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
Frau Bettina Werning

DIE LINKE / GAL  
Frau Gabriele Lenkenhoff

Ortsvorsteher  
Herr Heinz Henning

Verwaltung  
Herr Jörg Grudnio  
Herr Jörg Mösgen  
Herr Willi Präkelt  
Herr Christian Völkel

Entschuldigt fehlten

Frau Alexandra Cramer  
Frau Britta Dreher  
Frau Kathrin Henke  
Frau Ursula Oertel  
Herr Hermann Puls

Frau **Mann** begrüßte die Anwesenden. Sie stellte fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugegangen ist. Änderungswünsche zur Tagesordnung lagen nicht vor.

**A. Öffentlicher Teil**

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Vorstellung der Integrationsfirma der AWO Referenten: Herr Resler und Herr Kozlowski	
2	Vorstellung des Handlungskonzeptes Wohnen Referent: Herr Fleischer von der Fa. Schulten Stadt- und Raumentwicklung	
3	Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Kreis Unna	064/2011
4	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

**B. Nichtöffentlicher Teil**

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

## A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Vorstellung der Integrationsfirma der AWO  
Referenten: Herr Resler und Herr Kozlowski

Herr **Kozlowski** und Herr **Thiele** referierten anhand einer der Niederschrift in Kopie beigefügten Powerpointpräsentation.

Herr Kozlowski ist als 2. Geschäftsführer der DasDies Service GmbH beschäftigt und dort unter anderem für die Projektentwicklung zuständig.

Herr Thiele ist als Betriebsleiter beschäftigt und leitet innerhalb der AWO den Bereich Pflege.

Einleitend erläuterte Herr Kozlowski die für die Tätigkeit der Integrationsfirma elementaren rechtlichen Bestimmungen im SGB IX. Er hob die sich aus § 132 SGB IX ergebende Verpflichtung gegenüber den am Arbeitsmarkt benachteiligten Menschen hervor. Die Prüfung des Vorliegens der Voraussetzungen für eine Beschäftigung obliege dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe. Beschäftigt würden Personen mit unterschiedlichsten Behinderungen sowohl körperlicher als auch geistiger Natur. Dem Betrieb des Unternehmens liege ein sozialer Gedanke zugrunde. Über die Notwendigkeit des Betriebs derartiger Unternehmen gebe es nach seiner Einschätzung auch im politischen Raum keine Diskussionen. Gleichwohl sei die DasDies-GmbH „richtige Wirtschaft“, da sie an einem umkämpften Markt bestehen müsse.

Herr Kozlowski wies auf die Stagnation beim Abbau der Arbeitslosigkeit behinderter Menschen hin. Hilfreich zur Bekämpfung seien hierbei die im § 134 SGB IX verankerten Förderinstrumente, die seitens des LWL-Integrationsamtes zur Verfügung gestellt würden. So werden bei der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen dreißig Prozent der angefallenen Bruttoarbeitgeberkosten übernommen.

Im Nachgang schilderte Herr Kozlowski die Personalentwicklung der DasDies Service GmbH. Diese sei gekennzeichnet durch rapide Steigerungsraten in den ersten Jahren. Nach der Etablierung am Markt versuche man mit dem vorhandenen Personal zu bestehen. Er wies darauf hin, dass die Zahl der Mitarbeiter mit Behinderungen im Jahr 2011 bei 33% gelegen habe. Die Vorgabe im SGB IX belaufe sich auf 25%. Im Laufe des Jahres 2012 solle der Anteil der behinderten Menschen im Integrationsunternehmen auf über 40% steigen.

Anhand eines weiteren Schaubildes wurden mit Hinweis auf die breite Angebotspalette die unterschiedliche Serviceangebote dargestellt.

Der von der AWO angebotene Menüservice stelle eine Dienstleistung dar, die in der Vergangenheit häufig von Zivildienstleistenden erbracht wurde. Heute würden hier sechs behinderten Menschen Arbeitsplätze geboten auf einem umkämpften, dem Wettbewerb unterworfenen Markt. Die Marktanteile der AWO seien hier in den letzten Jahren konstant geblieben.

Ein weiterer Bereich, der zum Großteil von behinderten Beschäftigten abgedeckt würde, sei die Hausnotrufzentrale. Im Tagesdienst werden hier ausschließlich behinderte Menschen eingesetzt. Auch hier sei die Inanspruchnahme in den letzten Jahren kontinuierlich steigend. Ziel ist das Erreichen von 1.000 Anschlüssen als Obergrenze. Man wolle hier Nischenanbieter bleiben.

Positiv entwickelt habe sich auch die Inanspruchnahme der haushaltsnahen Dienste. Parallel zum stark ansteigenden Bedarf habe sich auch die Frequentierung des AWO-Angebotes gesteigert.

Ein weiterer Service wird für Haushaltsauflösungen und Umzüge angeboten. Die im Rahmen der Haushaltsauflösungen als verwertbar erkennbaren Gegenstände gelangen in den Second-Hand-Kaufhäusern in den Verkauf. Die Hauptkaufhäuser sind in den Städten Kamen und Lünen angesiedelt. Bei der Namensgebung habe man bewusst auf die Bezeichnung Sozialkaufhaus verzichtet, um Stigmatisierungen vorzubeugen. Der Einkauf sei auch ohne Vorlage eines Ausweises bzw. des Nachweises über den Bezug von Sozialleistungen möglich.

In den kreisweit 12 Radstationen biete man Service rund ums Rad. Die erste dieser Stationen wurde vor 20 Jahren in Lünen errichtet. Die wohl bekanntesten und schönsten befänden sich in Unna und Kamen. In der Kameener Radstation beschäftige man einen Radmechanikermeister. Zur Zeit wird dort auch ein behinderter Auszubildender beschäftigt. Zukünftig wolle man verstärkt ausbilden.

Zusammenfassend stellte Herr Koslowski fest, dass die DasDies Service GmbH umfassende Alternativen zum freien gewerblichen Markt biete. Man sehe sich in der Pflicht für Menschen in Not alle Dienstleistungen anzubieten, die in einer Hand abbildbar sind. Das breite Angebotsspektrum sei der Öffentlichkeit leider nicht wie gewünscht bekannt. Daher sei man auf Veröffentlichungen in der Presse stark angewiesen. Zudem versuche man durch Vorträge den Bekanntheitsgrad zu steigern.

Abschließend kam Herr Koslowski auf das Bauvorhaben an der Unnaer Straße zu sprechen und teilte mit, dass die Baumaßnahme spätestens im Juni 2012 abgeschlossen sei. Der ursprünglich vorgesehene Fertigstellungstermin konnte u.a. nicht eingehalten werden, weil der Baugrund stark kontaminiert gewesen sei. In Betrieb sei jedoch bereits die „Poststation“.

Frau **Mann** bedankte sich für den Vortrag und wies auf den integrativen Charakter der Gesellschaft hin.

Frau **Lenkenhoff** fragte nach, ob man in den Sozialkaufhäusern mit Gutscheinen bezahlen könne. Außerdem erkundigte sie sich nach der Personalstruktur. Es sei vorgetragen worden, dass 33% des Personal behinderte Menschen und 36% u.a. Langzeitarbeitslose seien. Für sie stelle sich die Frage, woher die restlichen 30% rekrutiert würden

Herr **Koslowski** erwiderte, dass der Einkauf mit Gutscheinen ohne Problem möglich sei.

Zur Frage nach der Personalstruktur teilte er mit, dass die restlichen 30% sich aus Personen zusammensetzen, die am Arbeitsmarkt nicht benachteiligt sind.

Frau **Mann** erkundigte sich, ob es sich bei den geplanten 14 neuen Arbeitsplätzen in dem Objekt Unnaer Str. tatsächlich um zusätzliche Stellen handle oder ob hier nur Umstrukturierungen greifen würden.

Herr **Koslowski** erwiderte, dass es sich um neue Arbeitsplätze handle. Z.Zt. seien dort 11 Menschen mit Behinderung tätig.

Herr **Drücke** äußerte sich voll des Lobes über Zustand und Betrieb der Radstation Kamen.

Herr **Henning** erkundigte sich nach dem Stand des Vorhabens, in der Radstation Fahrräder auf Elektrobetrieb umzurüsten.

Herr **Kozlowski** teilte mit, dass man nach eingehender Prüfung von diesem Vorhaben Abstand genommen habe.

Herr **Thiele** ergänzte, dass aufgrund haftungsrechtlicher Probleme das Risiko zu groß gewesen sei.

Zu TOP 2.

Vorstellung des Handlungskonzeptes Wohnen

Referent: Herr **Fleischer** von der Fa. Schulten Stadt- und Raumentwicklung

Herr **Fleischer** referierte anhand einer Powerpointpräsentation, die als Anlage zur Niederschrift über das Ratsinformationssystem abrufbar ist.

In seinem ausführlichen Fachvortrag ging Herr **Fleischer** auf folgende Themenbereiche ein:

- Aufgabenstellung, Methodik, Projektablauf
- Demografische Rahmenbedingungen
- Wohnungsmarktanalyse
- Zwischenfazit
- Handlungsfelder und Handlungsempfehlungen

Wortmeldungen:

Frau **Hartig** erkundigte sich, ob bei dem für den Bereich Südkamen vorgenommenen Stresstest das Altenwohnheim berücksichtigt worden sei.

Herr **Fleischer** erwiderte, dass bei der Betrachtung lediglich Gebäude mit 1-2 Personen im Haus Gegenstand der Untersuchung waren.

Herr **Weber** wies darauf hin, dass die Untersuchung bereits Gegenstand der Presseberichterstattung gewesen sei und aufgrund der Kleinflächigkeit der Untersuchung Rückschlüsse auf Wohngebiete, in denen besonders viele ältere Leute wohnen, möglich seien. Hiermit verbunden trug er die Sorge vor, dass die Untersuchung die Möglichkeit bieten könne, gezielt Einbrüche vorzunehmen.

Herr **Fleischer** erwiderte, dass die Kleinflächigkeit Auftragsgegenstand gewesen sei. Weiterhin werde die Untersuchung anonymisiert veröffentlicht.

Herr **Fuhrmann** ergänzte, dass seine berufliche Tätigkeit ihn keine Anhaltspunkte erkennen lasse, wonach die Untersuchung als Landkarte für Wohnungseinbrüche diene.

Frau **Mann** dankte Herrn **Fleischer** für seinen aufschlussreichen Vortrag und wies auf die vielfältigen Probleme hin, die von ihm aufgezeigt wurden. Man müsse nunmehr einen Handlungsrahmen entwickeln. Die Problematik werde mit Sicherheit in diesem Gremium erneut erörtert werden müssen.

Zu TOP 3.  
064/2011

Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Kreis Unna

**Beschlussempfehlung:**

Der Rat der Stadt Kamen stimmt der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Kreis Unna und der Stadt Kamen zu.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 4.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Herr **Völkel** informierte über das Bildungs- und Teilhabepaket. Er wies darauf hin, dass in der letzten Sitzung des Familien- und Sozialausschusses Herr Diekmännken über die Inhalte und Umsetzung des Paketes vorgetragen habe. Nunmehr wolle er die seitdem eingetretene Entwicklung darstellen. Im Gremium sei seinerzeit die Befürchtung geäußert worden, dass infolge mangelhafter Informationspolitik zahlreiche berechnigte Personen die Antragstellung versäumen würden. In Kenntnis dieses Mangels sei eine Informationsoffensive gestartet worden.

Anhand einer der Niederschrift in Kopie beigefügten Powerpointpräsentation erläuterte Herr Völkel zunächst die Entwicklung der Antragszahlen aufgeschlüsselt nach dem auf das Jobcenter und den Kreis Unna entfallenden Anteil. Hierbei wurde jedoch die auf das Schulbedarfspaket entfallende Zahl der Anträge unberücksichtigt gelassen, da diese Zahlungen für Bezieher von Leistungen nach dem SGB II und SGB XII automatisiert geleistet würden. Enthalten hierin sind allerdings die Anträge der Empfänger von Wohngeld und Kinderzuschlag. In der letzten Sitzung stellte sich noch die Frage nach der Zuständigkeit für diese beiden Personenkreise. Sie liegt nun beim Kreis Unna.

Anhand einer weiteren Folie schlüsselte Herr Völkel die beim Jobcenter und der Kreisverwaltung Unna gestellten Anträge nach ihrem Entstehungsgrund auf. Das sich hier ergebende Ranking sei so zu erwarten gewesen. Eine weitere Übersicht zeigte, dass die auf Kamener Antragsteller entfallenden Anträge in der Rangfolge der Häufigkeit der Verteilung auf die Paketbestandteile dem kreisweiten Bild entsprächen. In Summe wurden 20.950 Anträge gestellt. Herr Diekmännken hatte in der Sitzung eine geschätzte Prognose von 22.000 Anträgen in den Raum gestellt.

Herr **Völkel** wies darauf hin, dass in der letzten Ausschusssitzung die Frage nach der Behandlung der Asylantenkinder gestellt wurde. Unstreitig war schon damals die Behandlung der Personen, die aufgrund des § 2 AsylbLG analog Leistungen nach dem SGB XII erhalten.

Eher negativ zu sehen war zum damaligen Zeitpunkt die Anwendbarkeit des Bildungs- und Teilhabepaketes auf die Personen, denen Leistungen nach § 3 AsylbLG zustehen.

Die Stadt Kamen hat für ihren Zuständigkeitsbereich entschieden, dass die betreffenden Kinder in gleichem Umfang Leistungen nach dem BUT erhalten sollen.

Zwischenzeitlich hat das Land Nordrhein-Westfalen den Härtefallfonds „Alle Kinder essen mit“ eingerichtet. Zielgruppe sind hier im wesentlichen die Kinder, die Leistungen nach § 3 AsylbLG erhalten. Gewährt werden Leistungen für die Teilnahme an gemeinschaftlicher Mittagsverpflegung.

Dem Grunde nach hätte die Stadt Kamen 20% der anfallenden Kosten selbst zu tragen. Es besteht für Kommunen in der Haushaltssicherung jedoch die Möglichkeit der Entbindung von der Verpflichtung zur Tragung des Eigenanteils. Der notwendige Antrag wurde seitens der Stadt Kamen gestellt und positiv beschieden.

Weiterhin sprach Herr Völkel an, dass in der zweiten Sitzung des Jahres 2010 im Ausschuss das Modellprojekt Bürgerarbeit vorgestellt worden sei. In Auswirkung dieses Projektes wurden zum 15.7.2011 6 Personen eingestellt, die seitdem Bürgerarbeit leisten.

## **B. Nichtöffentlicher Teil**

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor. Anfragen wurden nicht gestellt.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung entfällt

gez. Mann  
Vorsitzende

gez. Grudnio  
Schriftführer